Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 265

Übersicht

über die vom Ausschuß für Petitionen (6. Ausschuß) erledigten Eingaben

nach dem Stande vom 28. November 1949

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Petitionen:

1. Nr. 62 der Stadt Braunschweig betreffend Verhinderung der befohlenen Zerstörung ehemaliger Luftschutzbunker und Finanzierung der Entfestigungsanlagen,
2. Nr. 65 des Willy Schwab in Fellbach, betreffend finanzielle Unterstützung des Tierasyls im Feuerbacher Tal,
3. Nr. 136 des Joachim Henker in Weißenburg/Bayern betreffend Beschwerde über Ablehnung seiner Ernennung zum Gerichtsreferendar und Verweigerung des Vorbereitungsdienstes in Bayern,
4. Nr. 241 der Katharina Ryks in Amern betreffend Nachlaß der Grundsteuern,
5. Nr. 271 des Georg Gartz in Seeg/Allgäu betreffend Gewährung einer Unterhaltsbeihilfe im Rahmen des Lastenausgleichs,
6. Nr. 460 des Anton Dietl in Weiden/Oberpfalz betreffend Einstellung beim Bundeskriminalpolizeiamt,
7. Nr. 560 des Willi Kratz in Berleburg betreffend Befreiung aus seiner und seiner Familie verzweifelten Notlage

der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

II. die Petitionen:

1. Nr. 38 des W. Thiermann in Uelzen betreffend Wiederberufung des ehemaligen Universitätsprofessors Dr. Rieffert auf einen Lehrstuhl,
2. Nr. 402 der Elisabeth Schaele in Krefeld-Oppum betreffend gnadenweise Entlassung ihres Mannes aus der Strafanstalt

der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 74 des R. Schnau in Kiel betreffend Nichtkürzung der Ruhestandsbezüge,
2. Nr. 81 der Europäischen Missionsgesellschaft in Kassel betreffend Förderung der Einheit unter den Deutschen,

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30

3. Nr. 121 des Christian Herold in Bad Honnef betreffend Bekämpfung des Wuchers bei den Bauern und Hausbesitzern,
4. Nr. 135 des Adolf Büchler in Berlin betreffend Rehabilitierung in seiner Entnazifizierungsangelegenheit,
5. Nr. 178 des Hermann Fritz in Emmendingen betreffend Entschädigung der während der Hitlerzeit Entmannten,
6. Nr. 275 der Käthe Kupfer in Nürnberg betreffend Auszahlung des Ausweisungsgeldes

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

IV. die Petition Nr. 73 des „Tagesspiegel" in Berlin-Tempelhof betreffend Darlehn zum Ausbau einer Wohnung für einen nach Düsseldorf (Patentamt) versetzten Richter, der Bundesregierung zur Untersuchung zu überweisen;

V. die Petitionen:

1. Nr. 56 des Deutschen Weinbauverbandes in Frankfurt betreffend handelspolitischer Schutz des deutschen Weins,
2. Nr. 158 der Süßwarenindustrie Frankfurt am Main betreffend Fernhaltung der Schädigung der Süßwarenindustrie durch Abschluß des Handelsabkommens mit Holland,
3. Nr. 216 des Leo Hämel in Wiedenbrück betreffend Vermittlung einer Arbeit,
4. Nr. 240 der Mrs. Jos. Marx in San Francisco betreffend Rückkehr ihres Schwiegervaters nach Deutschland,
5. Nr. 260 des Friedrich Fiedrich in Hamburg-Altona betreffend Hilfe in seiner Notlage,
6. Nr. 258 des Franz Tiegel in Hechthausen betreffend Vermittlung einer Stelle bei der Bundesregierung,
7. Nr. 282 des Mich. Kuntz in Köln-Bickendorf betreffend Wiedereinstellung als Hilfsaufseher bei der Strafanstalt Köln,
8. Nr. 403 der Agnes Wlodarzak in Mülheim-Ruhr betreffend Vermittlung einer Wohnung,
9. Nr. 438 des Emil Witzel in Wiesbaden betreffend Gewährung einer Beihilfe und Vermittlung einer Arbeit,
10. Nr. 509 der Gertrud Weinschenker in Castrop betreffend Zuweisung von Hausrat aus der Soforthilfe

der Bundesregierung zur direkten Erledigung zu überweisen;

VI. die Petitionen:

1. Nr. 58 des Alwin Salzmann in München-Lerchenau betreffend Vermeidung der Auswanderung des Wunderdoktors Bruno Gröning,
2. Nr. 87 des Lambert Dorp in Knechtsteden betreffend Hilfe in seiner Notlage,
3. Nr. 110 des Heinrich Klohs in Heiligenhaus betreffend Entlassung der Tochter aus der Zwangserziehungsanstalt,
4. Nr. 111 des Albert Schliephacke in Düsseldorf betreffend Rückgabe des beschlagnahmten Kraftrades,
5. Nr. 122 des H. Kock in Neumünster i. Hessen betreffend Wiederanstellung,
6. Nr. 175 des Hans Fürst in Delve betreffend Beibehaltung des Notopfers als ständige Einrichtung,
7. Nr. 269 a des Eugen Heidingen in Klingen betreffend Regelung seiner Vermögensverhältnisse,

8. Nr. 365 der Emilie Hanssen in Coburg betreffend Ermöglichung ihrer Auswanderung nach Amerika,
9. Nr. 377 des Heinz Runge in Mülheim-Ruhr betreffend Prüfung der Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme seines Vermögens durch die Militärregierung,
10. Nr. 389 der Barbara Bauer in Nürnberg betreffend Gewährung der vollen Pension für ihren geschiedenen Ehemann,
11. Nr. 398 des Wilhelm Klein in Buxtehude betreffend Anerkennung seiner Ansprüche auf Altersversorgung,
12. Nr. 457 des Willy Köster in Herford betreffend Wiederanstellung bei der Stadtverwaltung Herford,
13. Nr. 500 des Hermann Backer in Bremerhaven-Lehe betreffend Verleihung des Schulprofessortitels

für ungeeignet zur Beratung im Bundestag zu erklären;

VII. über die Petitionen:

1. Nr. 93 der Maria Plumanns in Köln-Ehrenfeld betreffend Zuweisung einer Wohnung oder Schaffung einer Existenz,
2. Nr. 101 des Hans Gießen in Düsseldorf-Eller betreffend Rückkehr Otto Strassers in die Heimat,
3. Nr. 123 des Christian Herold in Bad Honnef betreffend Beseitigung von Härten bei der Rückzahlung von Auslandsguthaben,
4. Nr. 125 des Lorenz Strunck in Limperich-Beuel betreffend Anerkennung als politisch Geschädigter,
5. Nr. 133 der Anita Röder in Aschaffenburg a. Main betreffend Annahme des von ihrem Schwager entworfenen Wappens,
6. Nr. 149 des Ludwig Köhler in Nordheim v. d. Rhön betreffend Prüfung seines Rechtsstreits gegen den Reichspostfiskus und Nachzahlung von einbehaltenen Gehaltsbezügen,
7. Nr. 161 des Jos. Körschenhaus in Krefeld-Bockum betreffend Wiederbeschäftigung beim Straßenbauamt Krefeld als Stammarbeiter,
8. Nr. 194 des Hans Ferner in Ried bei Neuburg a. D. betreffend Wiedereinsetzung als Bürgermeister,
9. Nr. 304 des H. A. Prüss in Hamburg-Wandsbek betreffend Vorschlag für eine Welthandelsflagge

zur Tagesordnung überzugehen;

VIII. die Petition Nr. 346 des Dr. Derbe in Schwebda betreffend Wahrung der Rechtsansprüche der aus der Ostzone vertriebenen Richter durch die Beschlüsse des Bundestages zu den einschlägigen Anträgen für erledigt zu erklären.

Bonn, den 28. November 1949

Der Ausschuß für Petitionen:

Frau **Albertz**

Vorsitzende